

AKTUELL

Stand: 14. März 2014

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-500, Internet: www.spd.de

EINE SPALTUNG DES KONTINENTS VERHINDERN

Entschlossen für eine Friedens- und Entspannungspolitik in der Krim-Krise

Die dramatischen Entwicklungen auf der ukrainischen Halbinsel Krim haben zur schwersten Krise in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes geführt. 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Block-Konfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real. Für die SPD als dem Frieden verpflichtete Partei ist klar: militärische Gewalt darf nie wieder Mittel der Politik werden. Friedens- und Entspannungspolitik müssen auch jetzt Wegweiser für eine Lösung des aktuellen Konfliktes in der Ukraine sein.

Als Regierungspartei nutzt die SPD alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, um eine friedliche politische Lösung im Sinne des Völkerrechts und der Demokratie für die Region zu finden. Dazu sind der Parteivorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier im ständigen Kontakt mit den wesentlichen Akteuren in der Region und in Europa. Wichtig ist jetzt, dass Europa gemeinsam einen starken Standpunkt vertritt. Das hat auch der SPD-Parteivorstand in einer Resolution beschlossen. Darum geht es:

■ Für die Stärke des Rechts – nicht das Recht des Stärkeren

Das russische Vorgehen auf der Krim ist inakzeptabel und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Jede direkte oder indirekte Unterstützung extremistischer und separatistischer Kräfte in der Region gefährdet die Sicherheit und Stabilität auf der Krim und in anderen Landesteilen der Ukraine und muss unterbleiben. Die militärischen Drohgebärden müssen ein Ende haben. Das staatliche Gewaltmonopol der Ukraine muss wieder hergestellt werden.

Russland ist aufgefordert, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und alles zu unterlassen, was Abspaltungstendenzen auf der Krim befördert. Das internationale Völkerrecht und die bestehenden internationalen Abkommen und bilateralen Verträge zwischen Russland und der Ukraine sind auch von der russischen Regierung zu achten.

■ Für Demokratie und Rechtstaatlichkeit in der Ukraine

Im Februar hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Polen und Frankreich in einem schwierigen Verhandlungsprozess eine Vereinbarung zwischen der damaligen ukrainischen Führung und der Opposition vermittelt, mit der es gelungen ist, die Eskalation der Gewalt zu stoppen und weiteres Blutvergießen zu verhindern.

An den in dieser Vereinbarung verankerten Prinzipien muss sich die neue ukrainische Führung orientieren. Die Rechte nationaler Minderheiten müssen geachtet und aktiv geschützt werden. Militanter Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in der neuen ukrainischen Ordnung keinen Platz haben. Eine neue Verfassung, die die Rechte der jeweiligen Opposition wahrt, muss erarbeitet, und freie und faire Präsidentschaftswahlen müssen vorbereitet werden. Radikale Kräfte müssen mit rechtstaatlichen Mitteln eingedämmt werden zum Schutz von Menschen- und Bürgerrechten sowie der Demokratie in der Ukraine. Die Ereignisse auf dem Maidan im Februar 2014, die zu mehr als 80 Toten und vielen hundert Verletzten geführt haben, müssen aufgearbeitet, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Stabilisierung der Ukraine wird nur gelingen, wenn die beträchtlichen wirtschaftlichen Probleme des Landes bewältigt werden. Hierzu braucht es aktive finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um ein wirtschaftliches Auseinanderbrechen des Landes mit fatalen politischen und sozialen Folgen zu verhindern. Das Hilfspaket der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 11 Milliarden Euro ist hierzu ein wichtiger Beitrag. Die wirtschaftliche Unterstützung muss den Menschen überall im Land, auch auf der Krim zugute kommen.

■ Politik für eine Verhandlungslösung

Angesichts der unübersichtlichen Situation auf der Krim muss es jetzt zunächst darum gehen, durch Beobachter, die von allen Seiten als legitim anerkannt werden, eine objektive Einschätzung der Lage in der Region zu gewinnen, auch um zu verhindern, dass die Situation durch gezielte Desinformation weiter destabilisiert wird. Wir unterstützen deshalb mit Nachdruck die „fact finding mission“ zur Aufklärung der Lage auf der Krim durch die OSZE.

Die intensiven diplomatischen Bemühungen zur Einsetzung einer hochrangigen internationalen Kontaktgruppe müssen entschlossen fortgeführt werden, um direkte Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu erleichtern: Eine friedliche Lösung der Krim-Krise kann nur auf dem Wege von Verhandlungen erreicht werden. Deswegen muss jetzt die russische Führung in direkte Gespräche mit der legitimen Regierung der Ukraine einwilligen.

■ Internationaler und europäischer Druck auf Russland

Europa steht an einer Wegscheide. Aus unserer Geschichte haben wir gelernt, dass sich Konflikte nur durch Dialog, Zusammenarbeit und Entspannung friedlich lösen lassen anstatt durch militärische Machtpolitik. Jetzt muss es darum gehen, dass auch Russland sich auf eine Lösung der Krim-Krise auf dem Verhandlungsweg einlässt. Bislang gibt es dazu keine Bereitschaft in Moskau. Stattdessen bereitet die prorussische Regionalverwaltung auf der Krim ein Referendum vor, dass die faktische Annexion der Halbinsel durch Russland legitimieren soll unter Bruch sämtlicher demokratischer und völkerrecht-

licher Standards. Es ist eine Abstimmung, die die Menschen auf der Krim vor eine unangemessene Entscheidung stellt, die mit wenigen Tagen Vorlauf keinen Raum für eine demokratische Meinungsbildung lässt und vor der einschüchternden Präsenz bewaffneter russischer Truppen stattfinden soll. Das Ergebnis dieses scheindemokratischen Prozesses wird in Europa und der Welt keine Anerkennung finden.

Mit seiner militärischen Machtpolitik hat sich Russland in der Welt isoliert. Die Staats- und Regierungschefs der G-7-Staaten haben Moskau nachdrücklich aufgefordert, das Völkerrecht und die ukrainische Souveränität zu respektieren und den Konflikt auf der Krim unverzüglich zu entschärfen. Bis Russland entsprechende Schritte unternimmt, wird es keine Zusammenarbeit zwischen den G-7 und Russland geben, zudem behalten sich die größten Industriestaaten der Welt weitere Schritte gegen die russische Regierung vor.

Auch die europäischen Staats- und Regierungschefs haben gestufte Maßnahmen der Europäischen Union beschlossen, die in einer ersten Stufe die Aussetzung der Verhandlungen mit Russland über Visumsangelegenheiten beinhalten. Sollte Russland weiterhin internationale Verhandlungen verweigern, werden die EU-Außenminister am Montag weitere Sanktionen verhängen: Dazu gehören Einreisebeschränkungen sowie das Einfrieren von Vermögenswerten russischer Staatsbürger. Weitere wirtschaftliche Sanktionen können später erfolgen, sollte Russland nicht zu einer Verhandlungslösung beitragen. Die SPD wird sich weiter entschlossen für eine Friedens- und Entspannungspolitik in der Krim-Krise einsetzen. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges sagen wir nein zu einer Politik, die in Europa geopolitische Interessen mit militärischen Mitteln durchsetzen will.